

SATZUNG - VANTIK STIFTUNG

in Treuhänderschaft von:

Rheindorf Stiftungsmanagement GmbH
Kirchstraße 8, 42799 Leichlingen

Präambel:

Der demografische Wandel in Deutschland ist eine unaufhaltsame Realität. Die Bevölkerungszahlen werden deutlich schrumpfen und gleichzeitig der Bevölkerungsanteil der höheren Altersgruppen immer weiter zunehmen – diese Entwicklung setzt sich im kommenden Jahrzehnt weiter und dynamischer fort.

Vor diesem Hintergrund ist es eine zielführende Strategie außerhalb gesetzlicher und sozialer Sicherungssysteme aus eigener Kraft zu investieren. Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden allerdings auch Auswirkungen auf Marktgeschehen, das wirtschaftliche Wachstum und auf Innovationen und Entwicklungsprozesse haben.

Die Idee der Vantik Stiftung setzt genau hier an. Die Stiftung bietet Anleger*innen der Vantik GmbH über die unabhängige Vantik Stiftung einen Sicherungsfonds für Privatpersonen. Nach dem solidarischen Prinzip funktioniert die Vantik Stiftung als kombinierte Kapital- und Einkommensstiftung. Der Stifter – die Vantik GmbH – stattet die Stiftung mit einem Gründungsstock aus. Des Weiteren stattet der Stifter die Stiftung mit Zahlungsansprüchen gegen die Begünstigten aus. Von jeder Einzahlung der Begünstigten in den Vantik Fonds leisten die Begünstigten 1 % des Einzahlungsbetrages als Ausgabeaufschlag an die Vantik Stiftung, um daraus für die Zweckverwirklichung verwendbare Stiftungsmittel aufzubauen und nachhaltig zu erhalten.

Dadurch schaffen die einzahlenden Begünstigten ein eigenes solidarisches Prinzip. Der Einzelne zahlt seinen Beitrag in den gemeinsamen Topf der Vantik Stiftung. Die Gesamtheit aller Mittel wird entsprechend rentierlich angelegt, daraus können die Förderung von Projekten und letztlich die Förderung der Begünstigten vorgenommen werden. Im Bedarfsfall kann jede*r Einzelne einen Antrag auf Zuwendung aus den Mitteln der Stiftung beantragen und so von der Gemeinschaft profitieren.

Wenn zum Zeitpunkt des Renteneintritts die Entwicklungen der Märkte Einfluss auf die Kursentwicklung des Fonds haben und damit zu einem geringeren Auskommen führen, so bietet die Stiftung eine Hilfe aus dem solidarischen privaten Sicherungsfonds.

§ 1 Name, Rechtsform, Geschäftsjahr und Sitz

1. Die Stiftung führt den Namen Vantik Stiftung.
2. Stifter ist die Vantik GmbH.
3. Die Stiftung ist eine nicht-rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts in der treuhänderischen Verwaltung der Rheindorf Stiftungsmanagement GmbH und wird von dieser im Rechts- und Geschäftsverkehr vertreten.
4. Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Rechnungsjahr endet am 31.12. des Jahres, in dem die Stiftung gegründet ist.
5. Die Stiftung hat ihren Sitz bei der Treuhänderin in Leichlingen.

§ 2 Stiftungszweck

1. Die Stiftung verfolgt den Zweck, Menschen rund um die Altersvorsorge eine Unterstützung zu bieten.
2. Zwecke der Stiftung sind die direkte, finanzielle Unterstützung eines begrenzten Kreis von Begünstigten zugunsten deren Alterseinkommens, sowie die Förderung von steuerbegünstigten Zwecken der Förderung von Verbraucherbildung, -beratung und Verbraucherschutz rund um das Thema Altersvorsorge, sowie zur Bekämpfung und Prävention der Altersarmut.
3. Der Stiftungszweck wird insbesondere durch direkte finanzielle Zuwendung an die Begünstigten verwirklicht. Die Stiftung darf daneben, soweit dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, Mittel zur Förderung für Verbraucherbildung, -beratung und -schutz rund um das Thema Altersvorsorge sowie zur Bekämpfung und Prävention der Altersarmut verwenden. Die Beschaffung und Weitergabe von Mitteln für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen Körperschaft oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß § 58 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO); die finanzielle Förderung soll zweckgebunden für Programme und Projekte der Stiftungszwecke erfolgen.
4. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Stiftungsvermögen, Zuwendungen

1. Das Stiftungsvermögen ergibt sich aus dem Stiftungsgeschäft.
2. Das Stiftungsvermögen ist in seinem Bestand dauernd und ungeschmälert zu erhalten.
3. Das Stiftungsvermögen darf umgeschichtet werden. Umschichtungsgewinne dürfen ganz oder teilweise zur Verwendung zugunsten der Stiftungszwecke verwendet werden.
4. Dem Stiftungsvermögen wachsen die Zuwendungen zu, die dazu bestimmt sind (Zustiftungen).
5. Das Stiftungsvermögen kann durch Zustiftungen Dritter oder des Stifters erhöht werden.

§ 4 Stiftungsmittel

1. Die Stiftungsmittel setzen sich aus den erwirtschafteten Erträgen des Stiftungsvermögens im Sinne des § 3 und aus Zuwendungen der Begünstigten zusammen.
2. Sämtliche Mittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden, die Gewährung von finanziellen Zuwendungen an Begünstigte regelt § 5.
3. Die Stiftung kann ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen.

4. Aus den Stiftungsmitteln kann auf Vorstandsbeschluss ein Teil dem Stiftungsvermögen zugeführt werden, sofern damit die Gewährung im Sinne § 5 nicht gefährdet ist.
5. Zur Werterhaltung können Teile der jährlichen Erträge zur Substanzerhaltung und als Inflationsausgleich des Stiftungsvermögens einer freien Kapitalerhaltungsrücklage zugeführt werden.
6. Ein Rechtsanspruch Dritter auf Gewährung der jederzeit widerruflichen Förderleistungen aus der Stiftung besteht aufgrund der Satzung nicht.

§ 5 Gewährung von finanziellen Zuwendungen an Begünstigte

1. Begünstigte der Stiftung sind Anleger*innen, die für ihre private Altersvorsorge Anlagevermittlungsleistungen der Vantik GmbH in Anspruch nehmen und Anteile an dem Sondervermögen Vantik Anteilsklasse X mit ISIN: DE000A2H9AA6 bzw. WKN: A2H9AA (kurz: Vantik Fonds) halten.
2. Begünstigte können die Gewährung einer finanziellen Zuwendung schriftlich mit dem Antragsformular "Antrag auf Stiftungszuwendung" bei der Vantik Stiftung beantragen. Die Stiftung ist berechtigt, den Antrag durch einen elektronischen Antrag zu ersetzen.
3. Die Zuwendungen können ausschließlich an die in Absatz 1 genannten Begünstigten und nur unter den in Absatz 5 genannten Voraussetzungen, nur zu dem in Absatz 6 genannten Zeitpunkt und nur in der in Absatz 7 genannten Höhe geleistet werden. Liegen die Voraussetzungen der Absätze 5 und 6 nicht vor, werden Zuwendungen in keinem Fall erbracht. Absatz 8 bleibt unberührt.
4. Liegen die Voraussetzungen nach den Absätzen 5 und 6 vor, entscheidet der Vorstand über die Gewährung von finanziellen Zuschüssen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung des Zwecks der Stiftung (§ 2 Abs. 1). Bei seiner Entscheidung berücksichtigt der Vorstand insbesondere, in welchem Umfang der/die Begünstigte Mittel für die Versorgung im Alter zur Verfügung hat oder voraussichtlich haben wird. Ein Rechtsanspruch der Begünstigten auf Zuwendungen der Stiftung besteht, selbst wenn die Voraussetzungen der Absätze 5 und 6 erfüllt sind, nicht. Bei Missbrauch der Funktionsweise der Stiftung kann die Gewährung von finanziellen Zuschüssen verweigert werden. Ein Missbrauch wird insbesondere, aber nicht begrenzt hierauf, bei überproportionaler Erhöhung des Sparbetrages in den letzten 5 Jahren vor Renteneintritt angenommen. Verweigert der Vorstand die Auszahlung nach vorstehenden Sätzen, liegt kein Ermessensfehler vor.
5. Zuwendungen der Stiftung an Begünstigte gemäß Absatz 1 können unter den Voraussetzungen erbracht werden, dass
 - a. der/die Begünstigte die erworbenen Fondsanteile im gemäß Absatz 6 vereinbarten Zeitpunkt weiterhin ganz oder teilweise im Eigentum hält und sie nicht vollständig veräußert hat,
 - b. der/die Begünstigte oder ein Dritter zugunsten des/der Begünstigten mit jeder Einzahlung in den Vantik-Fonds 1% des Einzahlungsbetrags als Ausgabeausschlag an die Stiftung geleistet und die Stiftung den entsprechenden Betrag tatsächlich erhalten hat,
 - c. die Stiftung über ausreichend Mittel i.S.v. § 4 verfügt, um die Zuwendungen zu erbringen,
 - d. der/die Begünstigte über einen Zeitraum von 5 abgeschlossenen Kalenderjahren Zuwendungen an die Vantik Stiftung geleistet hat.

6. Die Stiftung prüft das Vorliegen der Voraussetzungen nach den Absätzen 5 und 6 händisch oder elektronisch.
7. Zuwendungen der Stiftung können bei Erreichen des Altersfalls erbracht werden. Der Zeitpunkt des Altersfalls wird individuell durch die Begünstigten festgelegt. Es sind dabei die Regelungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Vantik GmbH zu berücksichtigen. Erfolgt keine Mitteilung durch die Begünstigten über den Zeitpunkt des Altersfalls, wird der Zeitpunkt auf den 67. Geburtstag der Begünstigten festgelegt.
8. Liegen die Voraussetzungen nach den Absätzen 5 und 6 vor und hat der Vorstand gem. Absatz 4 positiv über die Gewährung der Zuwendung entschieden, erhält der/die Begünstigte denjenigen Betrag, zu dem er/sie den von ihm gehaltenen Fondsanteil erworben hat („auszuzahlender Betrag“). Auf den auszuzahlenden Betrag ist der Wert des Fondsanteils des/der Begünstigten im Auszahlungszeitpunkt anzurechnen. Hat der/die Begünstigte seine Fondsanteile bei Erreichen des Altersfalls teilweise veräußert, gilt für die Berechnung des auszuzahlenden Betrages das first-in-first-out (FIFO) Prinzip. Mindestens erhält jede/r Begünstigte aber einen auszuzahlenden Betrag in Höhe von 1 Euro. Inflationsbedingte Schwankungen werden nicht berücksichtigt.
9. Zuwendungen gemäß § 2 Abs. 3 darf der Vorstand nur vornehmen, wenn das Stiftungsvermögen über einen Zeitraum von drei Jahren den Betrag von 3% des Fondsvermögens des Vantik Fonds überschreitet und die Verwirklichung der Stiftungszwecke nach § 2 Abs. 1 nicht gefährdet wird. Durch Zuwendungen gemäß § 2 Abs. 3 darf das Stiftungsvermögen nicht unter den Betrag von mindestens 3% des Fondsvermögens fallen. Dazu werden jeweils zum 31.12. eines jeden Jahres die der Stiftung zur Verwirklichung ihrer Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel und der Wert des Fondsvermögens durch den Vorstand festgestellt. Ist der Vorstand nach den Regelungen in diesem Absatz 8 berechtigt, Zuwendungen gemäß § 2 Abs. 3 zu erbringen, soll er den nach Absatz 1 Begünstigten Gelegenheit geben, Vorschläge zur konkreten Verwendung der Mittel abzugeben. Der Vorstand soll eingehende Vorschläge prüfen und nach pflichtgemäßem Ermessen über die Verwendung entscheiden. Der Vorstand handelt nicht pflichtwidrig, wenn er Zuwendungen ganz oder teilweise abweichend von den erhaltenen Vorschlägen gem. § 2 Abs. 3 erbringt.

§ 6 Organe der Stiftung

1. Organe der Stiftung sind
 - a. der Vorstand und
 - b. das Kuratorium, soweit § 10 Abs. 2 vollzogen wurde.
2. Ein Mitglied des Organs kann nicht zugleich einem anderen Organ angehören.
3. Die Mitglieder der Stiftungsorgane haben Anspruch auf Ersatz der ihnen entstandenen Auslagen und Aufwendungen. Für den Zeitaufwand und Arbeitsansatz (Tätigkeitsvergütung) der Mitglieder des Vorstandes kann das Kuratorium eine in ihrer Höhe angemessene Pauschale beschließen.

§ 7 Stiftungsvorstand

1. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einer maximal drei Personen, dem/der
 - a. Vorsitzenden,
 - b. bei Bedarf, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden und
 - c. einem weiteren Vorstandsmitglied.

2. Solange der Stifter nichts anderes bestimmt, gehört eine durch den Stifter ernannte Vertretungsperson, dem Vorstand an bzw. bildet den Vorstand.
3. Nach der Erstbestellung wird der Vorstand durch Zuwahl ergänzt. Vorschläge zur Zuwahl können aus dem Vorstand und dem Kuratorium ergehen. Das Kuratorium wählt die Vorstandsmitglieder, der Stifter ist berechtigt, zuzuwählende Vorstandsmitglieder abzulehnen und Vorschläge für zuzuwählende Vorstandsmitglieder zu unterbreiten.
4. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, bildet das verbliebene Vorstandsmitglied bis zur Vervollständigung den Vorstand allein. Scheiden sämtliche Vorstandsmitglieder aus, ohne dass wenigstens ein neues Vorstandsmitglied bestimmt ist, hat der Stifter bzw. das Kuratorium unverzüglich einen neuen Vorstand zu bestellen.
5. Dem Vorstand sollen Personen angehören, die besondere Fachkompetenz und Erfahrung in Hinblick auf die Aufgabenerfüllung der Stiftung aufweisen.
6. Das Amt eines Vorstandsmitgliedes endet nach Ablauf der Amtszeit von drei Jahren. Wiederwahl ist möglich. Das Vorstandsmitglied bleibt in diesen Fällen solange im Amt, bis ein*e Nachfolger*in bestellt ist. Das Amt endet weiter durch Tod und durch Niederlegung, die jederzeit zulässig ist, zudem wenn sich ein Vorstandsmitglied in einem Zustand befindet, wodurch dessen Arbeit für die Stiftung dauerhaft unmöglich ist. In diesen Fällen bilden die verbleibenden Vorstandsmitglieder den Vorstand. Bis zum Amtsantritt des/der Nachfolgers*in führen sie die unaufschiebbaren Aufgaben der Stiftungsverwaltung allein weiter.
7. Von dem Stifter bestellte Vorstandsmitglieder können von diesem, andere Vorstandsmitglieder können vom Kuratorium jederzeit aus wichtigem Grund abberufen werden. Die Mitglieder des Stiftungsvorstands können für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung und Ersatz der ihnen entstandenen, angemessenen Auslagen und Aufwendungen erhalten. Das Nähere regelt das Kuratorium in einer Vergütungsordnung.

§ 8 Aufgaben des Stiftungsvorstandes

1. Der Stiftungsvorstand entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten nach Maßgabe der Satzung in eigener Verantwortung und führt die laufenden Geschäfte der Stiftung. Er hat dabei den Willen des Stifters so wirksam und nachhaltig wie möglich zu erfüllen. Die Vorstandsmitglieder sind zur gewissenhaften und sparsamen Verwaltung des Stiftungsvermögens und der sonstigen Mittel verpflichtet.
2. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.
3. Die Aufgaben des Vorstandes sind insbesondere:
 - a. die Umsetzung des Stiftungszweckes
 - b. die Verwaltung und Anlage des Stiftungsvermögens
 - c. die Verwendung der Stiftungsmittel
 - d. die Aufstellung einer Budgetplanung
 - e. die Aufstellung der Jahresrechnung
 - f. Erstellung eines Berichtes über die Erfüllung des Stiftungszwecks.
4. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse, der Erledigung seiner Aufgaben und insbesondere der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte kann der Vorstand Erfüllungsgehilfen und Verrichtungsgehilfen bestellen und Sachverständige hinzuziehen.

§ 9 Beschlussfassung des Vorstands

1. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in der Regel in Sitzungen. Der Vorstand wird nach Bedarf, mindestens aber einmal jährlich, unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung von einer Frist von zwei Wochen zu einer Sitzung einberufen. Sitzungen sind ferner einzuberufen, wenn mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes dies verlangen.
2. Wenn kein Mitglied des Vorstands widerspricht, können die Sitzungen per Telefon/Video-Konferenz oder im Wege elektronischer (insbesondere E-Mail) oder schriftlicher Abstimmung erfolgen. Der/die Vorsitzende oder der/die stellvertretende Vorsitzende lädt alle Vorstandsmitglieder in Textform (insbesondere E-Mail) unter Mitteilung der genauen Tagesordnung zur Sitzung ein oder fordert sie zur elektronischen bzw. schriftlichen Abstimmung auf. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Hälfte seiner Mitglieder persönlich, per Telefon oder Video-Konferenz anwesend ist. An einer elektronischen bzw. schriftlichen Abstimmung muss sich mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder beteiligen. Auf Form und Frist zur Ladung kann durch einstimmigen Beschluss aller Mitglieder für jeweils eine Sitzung verzichtet werden. Ladungsfehler gelten als geheilt, wenn alle Mitglieder anwesend sind und niemand widerspricht.
3. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden oder der sich an einer elektronischen/schriftlichen Abstimmung beteiligenden Mitglieder gefasst, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.
4. Beschlüsse des Vorstands sind als Ergebnisprotokoll festzuhalten, vom Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden zu unterzeichnen und für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren aufzubewahren.
5. Auf Einladung durch den Vorstand können Sachverständige und sonstige Dritte an den Vorstandssitzungen beratend – ohne Stimmrecht – teilnehmen.
6. Nähere Vorgaben zum Beschlussverfahren können in einer Geschäftsordnung des Vorstands niedergelegt werden.

§ 10 Kuratorium

1. Das Kuratorium besteht aus drei maximal fünf Mitgliedern.
2. Die Mitglieder des ersten Kuratoriums werden von dem Stifter berufen. Sofern der Stifter noch kein Kuratorium berufen hat, stellt der Stiftungsvorstand das einzige Organ der Stiftung dar.
3. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte eine*n Vorsitzende*n und eine*n stellvertretende*n Vorsitzende*n, der/die den/die Vorsitzende*n in allen Angelegenheiten bei Verhinderung vertritt.
4. Scheidet ein Kuratoriumsmitglied aus, so wählt das Kuratorium auf Vorschlag des Vorstandes eine*n Nachfolger*in. Wiederwahlen sind zulässig. Die Amtszeit beträgt vier Jahre.
5. Dem Kuratorium sollen Personen angehören, die besondere Fachkompetenz und Erfahrung im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung der Stiftung aufweisen oder eine besondere Motivation zur Mitwirkung im Stiftungszweck der Stiftung mitbringen.
6. Das Amt eines Kuratoriumsmitglieds endet nach Ablauf der Amtszeit. Das Kuratoriumsmitglied bleibt in diesen Fällen so lange im Amt, bis ein*e Nachfolger*in bestellt ist. Das Amt endet weiter durch Tod und durch Niederlegung, die jederzeit zulässig ist, zudem wenn sich ein Kuratoriumsmitglied in einem Zustand befindet, wodurch dessen/deren Arbeit für die Stiftung dauerhaft unmöglich ist. In diesen Fällen bilden die verbleibenden Kuratoriumsmitglieder das Kuratorium. Bis zum

Amtseintritt des*r Nachfolgers*in führen sie die unaufschiebbaren Aufgaben alleine weiter. Ein ausgeschiedenes Kuratoriumsmitglied ist unverzüglich vom Kuratorium durch Zuwahl zu ersetzen.

7. Ein Kuratoriumsmitglied kann vom Kuratorium in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand jederzeit aus wichtigem Grunde abberufen werden. Der Beschluss bedarf der Mehrheit der Mitglieder von Vorstand und Kuratorium. Das betroffene Mitglied ist bei dieser Abstimmung von der Stimmabgabe ausgeschlossen.

§ 11 Aufgaben des Kuratoriums

1. Das Kuratorium soll sich in der konstituierenden Sitzung selbst eine Geschäftsordnung geben.
2. Das Kuratorium berät, unterstützt und überwacht den Vorstand im Rahmen des Stiftungsgesetzes und dieser Stiftungssatzung, um den Willen der Stifter so wirksam wie möglich zu erfüllen.
3. Das Kuratorium hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a. Berufung der Vorstandsmitglieder
 - b. Beratung des Vorstands
 - c. Genehmigung der Budgetplanung
 - d. Prüfung und Genehmigung der Jahresrechnung
 - e. Prüfung des Berichts über die Erfüllung des Stiftungszwecks
 - f. Entlastung des Vorstandes
 - g. Beschlussfassung über Satzungsänderungen
 - h. Beschlussfassung über Aufhebung oder Zusammenlegung der Stiftung
 - i. Abberufung der Mitglieder des Vorstands.

§ 12 Beschlussfassung des Kuratoriums

1. Das Kuratorium wird vom Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, unter Angabe der Tagesordnung und einer Einhaltung von zwei Wochen zu einer Sitzung einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich. Sitzungen sind ferner einzuberufen, wenn zwei Mitglieder des Kuratoriums oder der Stiftungsvorstand dies verlangen. Wenn kein Mitglied des Kuratoriums widerspricht, können die Sitzungen per Telefon/Video-Konferenz erfolgen.
2. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse kann das Kuratorium Sachkundige hinzuziehen.
3. Die Mitglieder des Vorstandes, die Treuhänderin und Sachkundige können an den Sitzungen des Kuratoriums beratend teilnehmen.
4. Für die Beschlussfassung des Kuratoriums gilt § 9 entsprechend.

§ 13 Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte

1. Der Vorstand kann für einzelne Bereiche, aber auch für einzelne Projekte, Fachausschüsse oder Arbeitsgruppen einrichten und sie mit einem Budget ausstatten.
2. Die Fachausschüsse und Arbeitsgruppen beraten den Stiftungsvorstand in allen Angelegenheiten, zu deren Bearbeitung sie gebeten wurden und wirken an der projektbezogenen Arbeit der Stiftung mit. Soweit sie keine Mitglieder der Organe sind, dürfen sie an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.
3. Der Vorstand kann zur Vertretung bestimmter Themen ständige Beiräte einrichten.

4. Der Vorstand kann für die Arbeit der Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte, Geschäftsordnungen erlassen.
5. Die Mitglieder der Organe sind berechtigt, an den Sitzungen der Fachausschüsse, Arbeitsgruppen und Beiräte teilzunehmen.

§ 14 Satzungsänderungen, Zweckerweiterung, -änderung, Aufhebung der Stiftung, Zusammenlegung und Auflösung mit einer anderen Stiftung

1. Änderungen der Satzung können nur auf gemeinsamen Sitzungen von Vorstand und, sofern im Sinne des § 10 Abs. 2 bereits einberufen, dem Kuratorium beschlossen werden. Der Änderungsbeschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums.
2. Die Ladungszeit solcher außerordentlichen, gemeinsamen Sitzungen beträgt drei Wochen. Satzungsänderungen und Zweckerweiterungen sollen die nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks nach dem Willen und den Vorstellungen des Stifters im Wandel der Verhältnisse ermöglichen. Sie sind grundsätzlich zulässig.
3. Im Wege der Satzungsänderung können insbesondere auch die Anfallsberechtigung nach § 16 geändert und weitere Organe eingeführt und ihr Verfahren geregelt werden, denen neben Beratungsaufgaben auch Kontrollpflichten zugewiesen werden können.
4. Die Organe der Stiftung können die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung oder die Auflösung der Stiftung beschließen, wenn der Stiftungszweck objektiv unmöglich wird oder sich die Verhältnisse derart ändern, dass die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks nicht mehr sinnvoll erscheint.
5. Soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stiftung zulassen, kann der Vorstand gemeinsam mit dem Kuratorium und dem Treuhänder jederzeit durch einfache Mehrheit die Fortsetzung der Stiftung als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts beschließen. Solange der Stifter besteht, ist dessen Zustimmung erforderlich (Veto). Änderungen, die in der Satzung für den angestrebten Rechtsformwechsel notwendig sind, können gemäß der in § 14 genannten Weise erfolgen. In diesem Fall gilt der Stifter zugleich als Stifter der rechtsfähigen Stiftung.
6. Beschlüsse über Änderungen der Satzung bedürfen der Genehmigung der Treuhänderin. Sie sind mit einer Stellungnahme der zuständigen Finanzbehörde anzuzeigen.

§ 15 Treuhandverwaltung

1. Die Treuhänderin – Rheindorf Stiftungsmanagement GmbH HRB903780 – verwaltet das Stiftungsvermögen getrennt von ihrem Vermögen. Sie vergibt die Stiftungsmittel und wickelt die Fördermaßnahmen ab.
2. Die Treuhänderin legt dem Vorstand auf den 31.12. eines jeden Jahres bis zum 15.06. des Folgejahres einen Bericht vor, der auf der Grundlage eines Vermögensnachweises die Vermögenslage sowie die Mittelverwendung erläutert.
3. Die Treuhänderin berechnet der Stiftung für ihre Leistungen Kosten, gemäß der Treuhändervereinbarung.
4. Im Falle eines Rechtsformwechsels in eine selbständige Stiftung, der Auflösung, der Insolvenz oder einer schwerwiegenden Pflichtverletzung des Stiftungsträgers kann der Stiftungsvorstand die Fortsetzung der Stiftung bei einem anderen Träger oder als selbständige Stiftung beschließen.
5. Der Treuhänderin steht bei den Entscheidungen der Stiftungsorgane stets ein Vetorecht nur dann zu, wenn sich die Entscheidungen gegen die Satzung richten oder

gegen rechtliche und/oder steuerrechtliche Bestimmungen verstoßen (Kontrollfunktion des Treuhänders).

6. Im Falle der in § 14 Abs. 1 beschriebenen Fälle wird die Treuhänderin als Berater den Organmitgliedern zu Seite stehen. Bei einem Rechtsformwechsel wird die Treuhänderin im Sinne des Stifters entsprechend notwendige Schritte einleiten.

§ 16 Vermögensanfall

Bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung soll ein etwaiges Vermögen der Stiftung an eine gemeinnützige Einrichtung mit der Auflage es für die Förderung für die Verbraucherbildung, -beratung und -schutz rund um das Thema Altersvorsorge sowie zur Bekämpfung und Prävention der Altersarmut verwenden überlassen werden. Die Auswahl der zu begünstigenden, gemeinnützigen Einrichtung wird im Rahmen des Auflösungs- bzw. Aufhebungsbeschlusses der Stiftung beschlossen.

§ 17 Stellung des Finanzamtes

Unbeschadet der sich aus dem Stiftungszweck ergebenden Genehmigungspflichten sind Beschlüsse und Satzungsänderung und über die Auflösung der Stiftung sowie der Beschluss über die Fortsetzung der Treuhandstiftung als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen. Für Satzungsänderungen, die den Zweck der Stiftung betreffen, ist zuvor die Einwilligung des Finanzamtes einzuholen.

§ 18 Rechtsvorschriften

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gilt der Stifterwille und ergänzend die Vorschriften der Stiftungsgesetze in der jeweils gültigen Fassung.

§ 19 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit Anerkennung des Finanzamtes mittels Vergabebescheid der Steuernummer in Kraft.

Berlin, den 06. Juli 2020

english version

Preamble:

Demographic change in Germany is an unstoppable reality. The population will shrink significantly and at the same time the proportion of the population in the higher age groups will continue to grow - this development will continue and become more dynamic in the coming decade.

Against this background, it is a goal-oriented strategy to invest outside of the legal and social security systems using our own resources. However, the effects of demographic change will also have an impact on market activities, economic growth and on innovations and development processes.

This is exactly where the idea of the Vantik Foundation comes in. The foundation offers customers of Vantik GmbH a security fund for private individuals through the independent Vantik Foundation. Based on the principle of solidarity, the Vantik foundation functions as a combined capital and income foundation. The founder - Vantik GmbH - provides the foundation with a foundation stock. Furthermore, the founder endows the foundation with payment claims against the beneficiaries. From each payment made by the beneficiaries into the Vantik Fund, the beneficiaries pay 1% of the contribution amount as an issue surcharge to the Vantik foundation in order to build up and sustainably maintain foundation funds that can be used for the realization of the purpose.

In this way, the depositing beneficiaries create their own principle of solidarity. The individual pays his or her contribution into the common pot of the Vantik foundation. The entirety of all funds is invested accordingly in a profitable manner, from which projects can be funded and ultimately the beneficiaries supported. If necessary, each individual can apply for a grant from the foundation's funds and thus benefit from the community.

If, at the time of retirement, market developments have an influence on the price development of the fund and thus lead to a lower income, the foundation offers assistance from the solidarity private security fund.

§ 1 Name, legal form, financial year and registered office

1. The foundation bears the name Vantik Foundation.
2. The founder is Vantik GmbH.
3. The foundation is a non-legally capable foundation under civil law in the fiduciary administration of Rheindorf Stiftungsmanagement GmbH and is represented by the latter in legal and business transactions.
4. The financial year is the calendar year. The first accounting year ends on 31.12. of the year in which the foundation is established.
5. The foundation has its seat with the trustee in Leichlingen.

§ 2 Purpose of the foundation

1. The purpose of the foundation is to provide support for people in all aspects of old-age provision.
2. The purpose of the foundation is the direct, financial support of a limited circle of beneficiaries in favour of their retirement income, as well as the promotion of tax-privileged purposes of the promotion of consumer education, advice and consumer protection around the topic of retirement provisions, as well as for the fight and prevention of poverty in old age.
3. The purpose of the foundation is realized in particular through direct financial contributions to the beneficiaries. In addition, the foundation may use funds for the promotion of consumer education, advice and consumer protection in the field of old-age provision as well as for the fight against and prevention of poverty in old age, provided that sufficient funds are available. The procurement and transfer of funds for the realization of the tax-privileged purposes of another corporation or a public corporation according to § 58 No. 1 of the German Fiscal Code (AO); the financial support shall be earmarked for programs and projects of the foundation's purposes.
4. The funds of the foundation may only be used for purposes in accordance with the statutes. No person may be favoured by expenses that are alien to the purpose of the foundation or by disproportionately high remuneration.

§ 3 Foundation assets, donations

1. The assets of the foundation result from the foundation business.
2. The assets of the foundation are to be maintained permanently and undiminished.
3. The assets of the foundation may be reallocated. Profits from the reallocation may be used in whole or in part for the benefit of the foundation's purposes.
5. The assets of the foundation shall be increased by the donations intended for this purpose (endowments).
6. The assets of the foundation may be increased by endowments from third parties or the founder.

§ 4 Foundation funds

1. The foundation's funds consist of the income generated from the foundation's assets within the meaning of § 3 and from contributions by the beneficiaries.
2. All funds may only be used for statutory purposes; the granting of financial contributions to beneficiaries is governed by § 5.
3. The foundation may allocate all or part of its funds to a reserve.

4. A part of the foundation's funds may be allocated to the foundation's assets by resolution of the board of directors, provided that the granting of financial contributions within the meaning of § 5 is not endangered.
5. In order to maintain the value of the foundation's assets, parts of the annual income may be allocated to a free capital maintenance reserve in order to maintain its substance and to compensate for inflation.
7. According to the statutes, there is no legal claim of third parties to the granting of the funding from the foundation, which can be revoked at any time.

§ 5 Granting of financial contributions to beneficiaries

1. The beneficiaries of the foundation are customers who use the investment brokerage services of Vantik GmbH for their private retirement provision and hold shares in the investment fund Vantik Anteilsklasse X with ISIN: DE000A2H9AA6 or WKN: A2H9AA (short: Vantik Fonds).
2. Beneficiaries may apply for the grant of a financial contribution in writing to the Vantik foundation using the application form "Application for Foundation Contribution". The Foundation is entitled to replace the application with an electronic application.
3. Grants may be made only to the beneficiaries mentioned in paragraph 1 and only under the conditions mentioned in paragraph 5, only on the date mentioned in paragraph 6 and only in the amount mentioned in paragraph 7. If the conditions set out in paragraphs 5 and 6 are not met, no grants shall be made under any circumstances. Paragraph 8 shall remain unaffected.
4. If the conditions set out in paragraphs 5 and 6 are met, the executive board shall decide on the granting of financial contributions at its own dutiful discretion, taking into account the purpose of the foundation (§ 2 (1)). In making its decision, the executive board shall in particular take into account the extent to which the beneficiary(ies) has or is likely to have funds available for old-age provision. The beneficiaries have no legal claim to benefits from the foundation, even if the requirements of paragraphs 5 and 6 are met. In case of misuse of the functioning of the foundation, the granting of financial contributions may be refused. Misuse is assumed to exist in particular, but not limited to, in the event of a disproportionate increase in the amount of savings in the last 5 years before retirement. If the board of directors refuses to pay out the money according to the above sentences, this does not constitute an error of discretion.
5. Benefits of the foundation to beneficiaries according to paragraph 1 can be made under the conditions that:
 - a. the beneficiary/beneficiaries continue to hold all or part of the acquired fund units at the time agreed in accordance with paragraph 6 and have not sold them in full
 - b. the beneficiary(ies) or a third party for the benefit of the beneficiary(ies) has paid 1% of the amount paid into the Vantik Fund as an issue surcharge to the foundation with each payment into the Vantik Fund and the foundation has actually received the corresponding amount
 - c. the foundation has sufficient funds within the meaning of § 4 to make the contributions
 - d. The beneficiary/beneficiaries have made contributions to the Vantik foundation over a period of 5 completed calendar years.

6. The foundation shall verify the existence of the conditions set forth in paragraphs 5 and 6 by hand or electronically.
7. The foundation may make payments upon reaching retirement age. The date of retirement is determined individually by the beneficiaries. The regulations in the General Terms and Conditions of Vantik GmbH must be taken into account. If the beneficiaries do not inform Vantik GmbH about the time of retirement, the date will be set at the 67th birthday of the beneficiaries.
8. If the conditions set forth in paragraphs 5 and 6 are met and the board of directors has made a positive decision in accordance with paragraph 4 regarding the granting of the allowance, the beneficiary(ies) will receive the amount at which he/she acquired the fund unit held by him/her ("amount to be paid out"). The value of the fund share of the beneficiary(ies) at the time of payment shall be credited against the amount to be paid out. If the Beneficiary has partially sold his or her fund shares upon reaching retirement age, the first-in-first-out (FIFO) principle shall apply for the calculation of the amount to be paid out. However, each beneficiary will receive at least EUR 1 as a minimum amount to be paid out. Inflation-related fluctuations are not taken into account.
9. The board of directors may only make contributions in accordance with § 2, paragraph 3, if the assets of the foundation exceed 3% of the assets of the Vantik Fonds over a period of three years and the realization of the foundation's purposes in accordance with § 2, paragraph 1 is not endangered. Through donations according to § 2 para. 3, the foundation assets may not fall below the amount of at least 3% of the fund assets. To this end, the funds available to the foundation for the realization of its purposes and the value of the fund assets are determined by the board of directors on December 31 of each year. If the board of directors is entitled under the provisions of this paragraph 8 to make contributions in accordance with § 2 paragraph 3, it shall give the beneficiaries under paragraph 1 the opportunity to make proposals for the concrete use of the funds. The board of directors shall examine incoming proposals and decide on the use of the funds according to its best judgment. The board of management shall not act in breach of its duties if it provides grants in whole or in part in deviation from the proposals received in accordance with § 2 (3).

§ 6 Bodies of the foundation

1. The organs of the foundation are
 - a. the management board and
 - b. the board of trustees, insofar as § 10 para. 2 has been executed.
1. A member of the body may not simultaneously belong to another body.
2. The members of the organs of the foundation shall be entitled to reimbursement of expenses and outlays incurred by them. The board of trustees may decide on a lump sum for the time spent and work (activity remuneration) of the members of the executive board, which shall be appropriate in its amount.

§ 7 Board of Trustees

1. The foundation board consists of at least one and at most three persons, the
 - a. chairman,
 - b. if necessary, the deputy chairperson; and
 - c. one further member of the board of management.

2. Unless the founder determines otherwise, a representative appointed by the founder belongs to or forms the executive committee.
3. After the initial appointment the executive committee is supplemented by co-opting. Proposals for co-election can be made by the board of directors and the board of trustees. The board of trustees elects the members of the board of directors, the founder is entitled to reject board members to be elected and to make proposals for board members to be elected.
4. If a member of the board of directors resigns prematurely, the remaining member of the board of directors shall form the board of directors alone until it is completed. If all members of the board of directors leave without at least one new member of the board of directors being appointed, the founder or the board of trustees must appoint a new board of directors without delay.
5. The executive board shall consist of persons who have special expertise and experience with regard to the fulfilment of the tasks of the foundation.
6. The office of a member of the board of directors ends after the expiry of the three-year term of office. Re-election is possible. In these cases, the member of the board of directors remains in office until a successor is appointed. The office ends further by death and by resignation, which is permissible at any time, and also if a member of the board of directors is in a condition that makes his work for the foundation permanently impossible. In these cases the remaining members of the board of directors form the board of directors. Until the successor(s)* take office, they alone continue to carry out the tasks of the foundation's administration that cannot be postponed.
7. Board members appointed by the founder may be dismissed by the founder, other board members may be dismissed by the board of trustees at any time for good cause. The members of the foundation's board of directors may receive appropriate remuneration for their work and reimbursement of reasonable expenses and outlays incurred by them. Further details are regulated by the board of trustees in a remuneration regulation.

§ 8 Tasks of the Board of Trustees

1. The board of the foundation decides in all fundamental matters in accordance with the Statutes on its own responsibility and manages the current business of the foundation. In doing so, it must fulfil the will of the founder as effectively and sustainably as possible. The members of the board of directors are obliged to manage the assets of the foundation and other funds conscientiously and economically.
2. The board of directors may adopt rules of procedure for itself.
3. The tasks of the board of directors are in particular:
 - a. the implementation of the foundation's purpose
 - b. the management and investment of the foundation's assets
 - c. the use of the foundation's funds
 - d. the preparation of a budget plan
 - e. the preparation of the financial statements
 - f. preparation of a report on the fulfilment of the foundation's purpose.
3. For the preparation of its resolutions, the execution of its tasks and in particular the execution of the current business, the board of directors may appoint vicarious agents and assistants and call in experts.

§ 9 Resolution of the Board of Directors

1. The executive committee usually takes its decisions in meetings. The board of directors shall be convened for a meeting as required, but at least once a year, stating the agenda and giving two weeks' notice. Meetings must also be convened if at least two members of the board of directors so request.
2. if no member of the executive board objects, the meetings may be held by telephone/video conference or by means of electronic (in particular e-mail) or written voting. The chairperson or the deputy chairperson shall invite all members of the board of management to the meeting in text form (in particular e-mail), stating the exact agenda, or request them to vote electronically or in writing. The board of directors has a quorum if half of its members are present in person, by telephone or video conference. At least half of the members of the board must participate in an electronic or written vote. The form and deadline for the summons can be waived for one meeting at a time by unanimous decision of all members. Errors of summons are considered to have been remedied if all members are present and nobody objects.
3. Resolutions shall be passed by simple majority of the members present or of the members participating in an electronic/written vote, unless otherwise provided for in the statutes.
4. Resolutions of the board of directors are to be recorded as minutes of the results, signed by the chairman or the deputy chairman and kept for a period of at least ten years.
5. Upon invitation by the executive board, experts and other third parties may attend the meetings of the executive board in an advisory capacity - without voting rights.
6. More detailed provisions on the resolution procedure may be laid down in the rules of procedure of the executive Board.

§ 10 Board of Trustees

1. The board of trustees shall consist of three up to five members.
2. The members of the first board of trustees are appointed by the founder. If the founder has not yet appointed a board of trustees, the board of directors is the only organ of the foundation.
3. The board of trustees elects from among its members a chairperson and a vice-chairperson, who represents the chairperson in all matters if the chairperson is prevented from attending.
4. If a member of the board of trustees resigns, the board of trustees elects a successor on the proposal of the board of directors. Re-elections are permissible. The term of office is four years.
5. The board of trustees shall be composed of persons who have special expertise and experience with regard to the fulfilment of the tasks of the foundation or who have a special motivation to contribute to the purpose of the foundation.
6. The office of a member of the board of trustees shall end upon expiry of the term of office. In such cases, the member of the board of trustees remains in office until a successor is appointed. The office ends further by death and by resignation, which is permissible at any time, and also if a member of the board of trustees is in a condition that makes his or her work for the foundation permanently impossible. In these cases the remaining members of the board of trustees form the board of trustees. Until the

successor* takes office, they continue to carry out the tasks that cannot be postponed on their own. A retired member of the board of trustees is to be replaced immediately by the board of trustees through co-optation.

7. A member of the board of trustees may be dismissed by the board of trustees in a joint meeting with the executive board at any time for good cause. The resolution requires a majority of the members of the board of directors and the board of trustees. The member concerned shall be excluded from voting in this vote.

§ 11 Tasks of the Board of Trustees

1. The board of trustees shall adopt its own rules of procedure at the constituent meeting.
2. The board of trustees shall advise, support and monitor the executive board within the framework of the foundation act and these statutes in order to fulfil the will of the founders as effectively as possible.
3. The board of trustees has in particular the following tasks:
 - a. Appointment of the members of the board of directors
 - b. Advice to the board of management
 - c. Approval of the budget planning
 - d. Audit and approval of the annual financial statements
 - e. Examination of the report on the fulfilment of the foundation's purpose
 - f. Discharge of the executive committee
 - g. Resolution on amendments to the Articles of Association
 - h. Resolution on the dissolution or merger of the foundation
 - i. Dismissal of the members of the executive board.

§ 12 Resolution of the Board of Trustees

1. The board of trustees shall be convened by the chairman as required, but at least once a year, with an agenda and a two-week notice period. The meeting is convened in writing. Meetings must also be called if two members of the board of trustees or the board of directors of the foundation so request. If no member of the board of trustees objects, meetings may be held by telephone/video conference.
2. The board of trustees may call in experts to prepare its resolutions.
4. The members of the board of directors, the trustee and experts may attend the meetings of the board of trustees in an advisory capacity.
5. § 9 shall apply accordingly to the adoption of resolutions by the board of trustees.

§ 13 Technical Committees, Working Groups and Advisory Boards

1. The executive committee can set up specialist committees or working groups for individual areas, but also for individual projects, and provide them with a budget.
2. The specialist committees and working groups advise the board of directors on all matters they have been asked to deal with and participate in the project-related work of the foundation. If they are not members of the organs, they may participate in the meetings in an advisory capacity.
3. The board of directors may set up permanent advisory boards to represent specific topics.
4. The executive board may issue rules of procedure for the work of the specialist committees, working groups and advisory boards.

6. The members of the organs are entitled to participate in the meetings of the technical committees, working groups and advisory boards.

§ 14. Amendments to the Statutes, extension and modification of the purpose, dissolution of the foundation, merger and dissolution with another foundation

1. Amendments to the statutes can only be decided at joint meetings of the executive board and, if already convened in accordance with § 10 (2), the board of trustees. The resolution to amend requires a majority of two thirds of the members of the executive board and the board of trustees.
2. The period of notice for such extraordinary, joint meetings shall be three weeks. Amendments to the statutes and extensions of the purpose of the foundation shall enable the sustainable fulfillment of the foundation's purpose according to the will and the ideas of the founder in changing circumstances. They are generally permissible.
3. By way of amending the statutes, in particular the right to accumulate in accordance with § 16 can be changed and further organs can be introduced and their procedure regulated, to which, in addition to advisory tasks, duties of control can also be assigned.
4. The organs of the foundation may decide to merge with another foundation or to dissolve the foundation if the purpose of the foundation becomes objectively impossible or if the circumstances change in such a way that the permanent and sustainable fulfilment of the purpose of the foundation no longer appears reasonable.
5. As far as the economic circumstances of the foundation permit, the board of directors, together with the board of trustees and the trustee, may decide at any time by simple majority to continue the foundation as a foundation with legal capacity under civil law. As long as the founder exists, his consent is required (veto). Amendments which are necessary in the statutes for the intended change of legal form may be made in accordance with the procedure described in § 14. In this case, the founder is also considered the founder of the foundation with legal capacity.
7. Resolutions on amendments to the statutes require the approval of the trustee. They must be notified to the competent tax authority with a statement.

§ 15 Trustee administration

1. The trustee - Rheindorf Stiftungsmanagement GmbH HRB903780 - manages the foundation's assets separately from its own assets. She allocates the foundation's funds and handles the support measures.
2. The trustee submits a report to the board of directors on 31.12. of each year by 15.06. of the following year, which explains the financial situation and the use of funds on the basis of a statement of assets and liabilities.
3. The trustee shall charge the foundation for its services in accordance with the trustee agreement.
4. In the event of a change of legal form to an independent foundation, dissolution, insolvency or a serious breach of duty on the part of the founder, the board of trustees may decide to continue the foundation with another institution or as an independent foundation.
5. The trustee always has a right of veto in the decisions of the foundation organs only if the decisions are directed against the statutes or violate legal and/or tax regulations (controlling function of the trustee).

6. In the cases described in § 14 para. 1, the trustee shall assist the members of the executive bodies as an advisor. In the event of a change of legal form, the trustee will take the necessary steps in the interests of the founder.

§ 16 Accumulation of Assets

In the event of dissolution or cancellation of the foundation, any assets of the foundation shall be transferred to a charitable institution on condition that they are used for the promotion of consumer education, advice and protection in the field of old-age provision and for combating and preventing poverty in old age. The selection of the charitable institution to be favored is decided within the framework of the resolution to dissolve or cancel the foundation.

§ 17 Position of the tax office

Without prejudice to the approval requirements resulting from the purpose of the foundation, resolutions and amendments to the articles of association and on the dissolution of the foundation as well as the resolution on the continuation of the trust foundation as a foundation with legal capacity under civil law must be reported to the competent tax office. For amendments to the articles of association that affect the purpose of the foundation, the consent of the tax office must be obtained beforehand.

§ 18 Legal provisions

Unless otherwise provided for in these statutes, the founder's intention and, in addition, the provisions of the foundation laws in their currently valid version shall apply.

§ 19 Entry into force

The statutes come into force upon recognition by the tax office by means of a notice of allocation of the tax number.

Berlin, June 6 2020